

Spatenstich für Pumpwerk erfolgt

Trinkwasser Eine neue Verbindung zwischen dem Seetal und dem Reusstal soll die Wasserversorgung in den beiden Regionen sicherstellen. Die Wasserversorgungsgenossenschaften Ballwil und Sins haben deshalb beschlossen, gemeinsam ein Pumpwerk in der Winterhalde in Oberrüti zu bauen. Nun ist der Spatenstich erfolgt.

Mit dem Pumpwerk kann Trinkwasser aus dem Reusstal ins Seetal und umgekehrt gepumpt werden. Dies sei auch aufgrund der Klimaveränderung wichtig, heisst es. Dadurch könne die Versorgung mit Trinkwasser zur Herausforderung werden.

Eine dauerhafte Verbindung entsteht

Bereits 2005, als das Reusstal überschwemmt war, wurde mit einer Notverbindung zwischen Ballwil und Sins die Trinkwasserversorgung in der Freiamter Gemeinde sichergestellt. Mit dem Pumpwerk soll nun aus einer provisorischen Verbindung eine dauerhafte und automatisierte Verbindung werden. Zudem werde die Lösungs-situation in Ballwil, Dietwil, Fenkrieden, Oberrüti und Sins verbessert. (cgl)

Erkältung: Kanton gibt Tipps

Gesundheit Ein kratzender Hals, Husten, Halsschmerzen oder eine laufende Nase: Diese Symptome treten in der kälteren Jahreszeit häufiger auf und sind Anzeichen für Atemwegsinfektionen. Meistens sind Viren die Ursache. Mit ein paar einfachen Verhaltensregeln lasse sich das Risiko einer Ansteckung verringern, ruft der Kanton Luzern in Erinnerung – und will damit die Bevölkerung sensibilisieren.

Generell empfiehlt der Kanton Luzern, sich wieder vermehrt an die Hygieneregeln zu halten. Dazu gehören regelmässiges Händewaschen, Abstand halten, Innenräume regelmässig lüften sowie den Impfschutz erneuern. Bei Erkältungssymptomen wird zudem empfohlen, zum Schutz des Umfelds eine Hygiene- oder FFP2-Maske zu tragen und bei einer Erkrankung zu Hause bleiben. (zim)

Wollen Gegner nur Angst machen?

Eine Luzerner Allianz weibelt für die nationalen Vorlagen, die Vermietern und Eigentümern mehr Rechte einräumen.

Livia Fischer

Gleich über zwei Vorlagen zum Mietrecht kann die Schweizer Stimmbewölkerung am 24. November abstimmen. Bei der ersten geht es darum, dass Mieter künftig die schriftliche Zustimmung der Vermieterin einholen müssen, wenn sie die Wohnung oder einzelne Zimmer untervermieten wollen. Diese hat neu dann auch das Recht, die Untervermietung in bestimmten Fällen abzulehnen – insbesondere wenn sie länger als zwei Jahre dauert – oder bei Pflichtverletzungen zu kündigen.

Mit der neuen Regelung will das Bundesparlament auch Missbräuche wie eine zu teure Untervermietung verhindern. Der Mieterverband hat dagegen das Referendum ergriffen – er spricht von einem Angriff auf den Mieterschutz und befürchtet Kündigungen wegen Bagatelien. Den Befürwortern gehe es darum, leichter kündigen und danach die Mieten noch stärker erhöhen zu können.

Das Referendum wurde auch gegen die zweite Anpassung ergriffen, die National- und Ständerat im September verabschiedet hatten. Sie betrifft Kündigungen wegen Eigenbedarfs, die heute nur in dringenden Fällen erlaubt sind. Mit der neuen Regelung genügt es, wenn der Eigenbedarf «bedeutend und aktuell» ist. Eigentümer sollen das besser nachweisen und so leichter kündigen können. Während Bundesrat und Parlament das Eigentum schützen und lange Rechtsverfahren verkürzen wollen, befürchtet das Referendumskomitee auch hier, dass es



Bürgerliche wollen «mehr Fairness und Klarheit» bei Mieterfragen.

Symbolbild: Pius Amrein

nur ein Mittel ist, um die Mieten in die Höhe zu treiben.

Schutz vor zu hohen Mieten

Im Kanton Luzern hat sich nun ein Komitee gebildet, das für ein Ja zu beiden Abstimmungen weibelt. Mitte, FDP, SVP sowie der Hauseigentümerverband (HEV) Kanton Luzern und die Zentralschweizer Sektion des Schweizerischen Verbands der Immobilienwirtschaft (SVIT) haben sich zusammengetan, weil sie sich an den «falschen Behauptungen» des Mieterver-

bands im Abstimmungskampf stören.

«Kampagnen im Sinne von «Mieten rauf, Mieter raus» sind eine bössartige Interpretation der beiden Vorlagen. Es werden dadurch auch nicht Dutzende Wohnungen verschwinden, das ist irreführend und pure Angst-mache», sagte HEV-Präsident Damian Hunkeler am Montag vor den Medien. Es gehe einzig darum, Fairness und klare Regelungen zu schaffen.

Mitte-Präsidentin Karin Stadelmann doppelte nach: «Untermieten bleiben möglich, wir

wollen aber mehr Sicherheit für alle Seiten.» Vermieter wüssten so, wer in ihr Haus komme, Mieterinnen würden nicht fürs Fehlverhalten von Untermietern belangt und Letztere wiederum liefen nicht Gefahr, zu viel Miete zu zahlen. Eine stärkere Kontrolle helfe ausserdem, Airbnb-Auswüchse einzudämmen.

Die Luzerner Allianz für ein faires Mietrecht wirbt mit dem Slogan «Schluss damit, dass Mieter mit der Untermiete Kasse machen». Aber wie oft kommt das wirklich vor? Deborah Koller, Präsidentin SVIT

Zentralschweiz, spricht von einer «ganz grossen Dunkelziffer». Eine Kontrolle sei heute gar nicht möglich, derzeit habe man auch nichts in der Hand, um gegen einen solchen Missbrauch vorzugehen. Das wolle man eben ändern.

KMU und Landwirtschaft sollen profitieren

Die emotionale Schiene fährt das Komitee auch mit dem zweiten Plakat. Dieses zeigt ein trauriges Mädchen mit Teddy im Arm und trägt die Überschrift «Wir können nicht in unser Haus». FDP-Präsident Ruedi Amrein sprach davon, dass die Interessen zwischen Mieter- und Eigentümerschaft ausbalanciert werden sollen, Letztere seien bei Zugriffsrechten derzeit leicht im Nachteil. Martin Wicki, SVP-Chef, brachte Geschäftsräume ins Spiel. Im Kanton Luzern gebe es immer wieder Situationen, in denen KMU ihren Betrieb in von ihnen vermietete Räumlichkeiten ausweiten wollten, was ihnen heute teils erschwert werde. Gleiches gelte für die Landwirtschaft.

Bei beiden Vorlagen stellt sich am Schluss die Frage: Schaffen sie nicht mehr Bürokratie? Genau das wollen die Bürgerlichen sonst ja immer vermeiden. «Das müssen keine Wahnsinnsformulare sein, es reicht auch ein kleines Briefchen oder ein Email», sagte Hunkeler. Die Komiteemitglieder betonten, dass Mietverträge sonst ja auch immer schriftlich geregelt seien – und wenn man dadurch lange Gerichtsverfahren vermeiden könne, stellten die Vorlagen im Endeffekt eine Reduktion von Papierkram dar.

23 Millionen für die Psychiatrie

Kapitalerhöhung Die Luzerner Psychiatrie AG soll mehr Kapital erhalten. Konkret will die Luzerner Regierung das Aktienkapital auf 60 Millionen Franken erhöhen. Das sind knapp 23 Millionen mehr als bisher, wie es in einer Mitteilung heisst. Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Entwurf eines Dekrets über den Sonderkredit.

Der Kantonsrat wird voraussichtlich im Januar darüber entscheiden.

Die Regierung begründet ihren Antrag damit, dass die Investitionsfähigkeit der Luzerner Psychiatrie gestärkt werden soll. Die Luzerner Psychiatrie könne die anstehenden Investitionen nicht vollständig aus dem Betriebsertrag erwirtschaften. (cgl)

Radweg verspätet sich weiter

Der Kanton will die gefährliche Strecke zwischen Baldegg und Gelfingen entschärfen. Doch es geht nicht vorwärts.

Reto Bieri

Die Kantonsstrasse zwischen Baldegg und Gelfingen ist schmal und gefährlich. Parallel dazu verläuft die Seetalbahn, es fehlt zudem ein durchgehender Radweg. Schon lange fordert das Seetal vom Kanton, das Problem auf dem rund vier Kilometer langen Abschnitt zu lösen. Vor sechs Jahren hat dieser endlich ein Projekt aufgelegt. Die Fahrbahn soll verbreitert und ein Radweg erstellt werden.

Doch seit längerem herrscht Funkstille. Die Ermenseer Kantonsrätin Claudia Wedekind (Mitte) wollte deshalb in einem Vorstoss wissen, warum sich das Projekt derart in die Länge zieht. Laut Regierung liegen die Gründe beim Personalmangel in der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (Vif) sowie an 17 Einsprachen. Die Einspracheverhandlungen seien 2020 und 2021 erfolgt.

Aktuell werde das Projekt überprüft und die noch offenen

Einsprachen zu einem Abschluss gebracht, schreibt der Kanton in seiner Antwort weiter. Überprüft werde etwa auch der Umgang mit zwei Häusern im Bereich Gölpi. Diese sollen verschoben werden, da sie zu nahe an der Strasse stehen. Wegen der hohen Kosten des gesamten Bauprojekts von über 20 Millionen Franken muss es der Kantonsrat absegnen. Das entsprechende Dekret will die Regierung im nächsten Jahr vorlegen.

1000 Unterschriften aus dem Seetal

Der Vorstoss war am Montag auch Thema im Parlament und führte zu mehreren Wortmeldungen. Die Situation sei frustrierend, sagte Claudia Wedekind. «Wir müssen jeden Tag auf dieser unglaublich gefährlichen Strasse fahren.» SP-Kantonsrätin Elin Elmiger aus Altwis rief in Erinnerung, dass die Ortspartei Hitzkirch schon vor 13 Jahren eine Resolution mit rund 1000 Unterschriften beim

Kanton einreichte und darin eine rasche Umsetzung des Radwegs forderte. «Es ist klar, dass Bauprojekte Zeit brauchen. Sich mit Einsprachen und Fachkräftemangel zu rechtfertigen, reicht aber nicht.»

Der Kleinwanger SVP-Kantonsrat Benno Ineichen legte offen, dass er einer der betroffenen Landbesitzer ist und gegen das Projekt Einsprache gemacht hat. Der Landwirt kritisierte die hohen Kosten, und dass zwei Häuser verschoben werden müssen, die – so sei zumindest der Kanton der Ansicht – schützenswert seien. Ineichen forderte, ein Projekt vorzulegen, das finanzierbar sei und das die Landbesitzer mittragen würden.

Baudirektor Fabian Peter (FDP) sagte, er teile den Unmut von Wedekind. «Es ist auch für mich unbefriedigend, dass das Projekt nicht weiter fortgeschritten ist.» Man wolle es nun beschleunigen, müsse aber die notwendigen Verfahrensschritte einhalten.

ANZEIGE

Unternährer
— m o d e —

Total-Liquidation
40 – 70 %
Jacken und Mäntel in
Alpaca, Wolle,
Micro Thermo, Leder
Lammfell, Pelz
Unternährer Mode
Morgartenstr. 11, Luzern
Tel. 041 210 11 88
unternaehrer-mode.ch

PC-Probleme?
Komme sofort.
Fr. 50.– pro Std. exkl. Weg
079 399 70 27 – auch Sa + So

Erstelle kostenlos dein persönliches Bewerbungsvideo

QR-CODE SCANNEN UND LOSLEGEN

zentraljob.ch

Video Studio